

Editorial

Eine neue Offenheit gegen populistische Antworten

Der schweizerische Rechtsstaat kommt mit dem Sexualstrafrecht einfach nicht zurecht. Da zahlt man für einen verurteilten Kinderschänder 1 Million Franken alleine für eine sinnlose Therapie, Zehntausende von Franken für den Anwalt, und dann soll er noch mit einer Entschädigung von 100000 Franken belohnt werden. Das Opfer hingegen bekommt mit 17 300 Franken nicht einmal genug Geld für eine Therapie.

Dies, obwohl laut Opferhilfegesetz «jeder Person Beratung und Hilfe zustehen, die in der Schweiz durch eine Straftat in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität unmittelbar beeinträchtigt wurde». Wer soll das verstehen?

Noch immer sind die Behörden geheimniskrämerisch, wenn es um die Offenlegung der Kosten geht, die die Behandlung der Straftäter verursacht. Hier wird Persönlichkeitsschutz über Transparenz gestellt - wohl auch, weil man fürchtet, für die Ineffizienz des Apparats geradestehen zu müssen. Dass genau damit populistischen Rufen nach immer strengeren Gesetzen und einem Wegsperrern auf Lebenszeit Vorschub geleistet wird, bleibt offensichtlich auch nach allen

«Umso wichtiger; dass diskutiert wird, wie man Integration erreichen kann»

Abstimmungsniederlagen unbemerkt. In diesem Fall ist nun wirklich alles schiefgegangen, was schiefgehen konnte.

Ähnliches gilt im Umgang mit den Sexualstraftaten

von Flüchtlingen. Auch hier scheut man die offene Information und tabuisiert ein Thema, das offensicht-

lich ist. Für junge Männer aus streng islamischen Gebieten ist der offene Umgang zwischen den Geschlechtern und die legere Sommerbekleidung der jungen Frauen ein kaum zu verstehender Gegensatz zu all dem, was sie zu Hause erlebt haben und was ihnen gelehrt wurde. In einer gestern veröffentlichten Reportage im «Magazin» sagt das ein Flüchtling übrigens sogar selber. **Die Integration dieser Leute ist ein Riesenproblem** und wird nicht so einfach zu schaffen sein. Umso wichtiger ist es, dass man offen darüber spricht und dass darüber diskutiert wird, wie man die Integration erreichen kann. Denn eines ist sicher: Das Problem löst sich nicht von selber, die Flüchtlinge aus den patriarchalischen Gesellschaften werden zum grössten Teil noch Jahre lang in der Schweiz bleiben.

Wenn man nun vermeiden will, dass in beiden Themen populistische Antworten gesucht werden, dann braucht es eine Umkehr im Denken. Eine neue Offenheit und ein pragmatisches Vorgehen bei der Beseitigung der offensichtlichsten Missstände wären angebracht. Und vor allem müssen die Gedanken von den Opfern ausgehen, und die Verantwortlichen müssen endlich begreifen, dass sie mit ihrem bisherigen Vorgehen faktisch Täterschutz betreiben.

**Arthur Rutishauser,
Chefredaktor**



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung